

Die Endlagersuch-Kommission als Ent-Sorgung der AntiAtomBewegung

Die Einrichtung einer "Endlager-Kommission" zur Endlagersuche und ein "Standortauswahl-Endlagersuchgesetz" dienen indirekt als vorläufiger Entsorgungsnachweis und legitimieren den Weiterbetrieb der Atomanlagen (bisher diente dazu die Erkundung des "Endlagers" Gorleben). So lange weiter Atommüll produziert, Uran abgebaut und in Gronau angereichert und Atommüll und Atomtechnik exportiert wird, sollte es keinen konstruktiven Dialog der AntiAtomBewegung mit staatlichen Institutionen wie der Endlager-Kommission geben.

Zweck der Endlager-Kommission ist die Verlagerung der Auseinandersetzung um die Atomproblematik von der Straße in die gute Stube, um damit einen gesellschaftlichen Konflikt vorläufig zu befrieden (während der jahrelangen Beratungen wird unterschwellig eine "Friedenspflicht" erwartet werden: Gorleben wird solange nicht weiter ausgebaut und die weitere Auseinandersetzung auf der Straße verliert ihre Legitimität). Gesamtgesellschaftlicher Frieden hieße, die AntiAtomBewegung durch Hinhaltenakt in den Schlummerzustand zu versetzen, auf dass sie nicht wieder aufwache (Vorbild 1: Der runde Tisch um Stuttgart 21, Vorbild 2: Die Ethikkommission nach Fukushima).

Die Zusammensetzungs- und Entscheidungsstruktur der Endlager-Kommission lassen Schlimmes erahnen. Um so schlimmer, wenn als Feigenblatt zwei Personen als offizielle Vertretung der AntiAtomBewegung dabei sind, (in den Augen von Öffentlichkeit und Medien) scheinbar die ganze Bewegung repräsentieren und der ganzen Kommission und ihren Ergebnissen ein Ökosiegel verleihen. Erst durch die konstruktive Mitwirkung von Teilen der AntiAtomBewegung würde diese Art der "Endlager"-Suche gesellschaftlich anerkannt. Anders herum: Wenn die beiden für die Umweltbewegung vorgesehenen Stühle von vornherein leer bleiben, ist das Konstrukt "Endlagersuch-Kommission" in der jetzigen Form politisch gescheitert. Das ist unsere Waffe.

Statt in Kommissionen zu überwintern, ist es dringend notwendig, die Berechtigung des AntiAtomWiderstands außerhalb solcher Institutionen zu zeigen: Durch Präsenz auf der Straße, auf Marktplätzen und auf den Zufahrtswegen der weiter laufenden Atomanlagen. Und auch durch die Präsenz in eigenen Diskussionsforen.

Die Einberufung eines parallel zur Endlager-Kommission tagenden großen Forums der AntiAtomBewegung, wie es der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie (GAgA) vorgeschlagen hat, könnte eine Möglichkeit sein, ein öffentlichkeitswirksames Gegengewicht zu setzen. Wir dürfen aber nicht den Fehler machen, in Konkurrenz zu der Endlager-Kommission zu treten und auf gleicher Ebene dessen Diskussionen fortzuführen. Wir sollten nicht mit besseren ExpertInnen und besseren Informationen bessere Vorschläge für bessere "End"lager erarbeiten. Wir müssen stattdessen viel grundsätzlichere Fragen aufwerfen. Ja: Fragen stellen, statt Lösungen liefern! Denn das wird das Ergebnis jeder ernsthaften Untersuchung sein: Wirkliche "Lösungen" für ein sicheres Lager kann es nicht geben. Es kann nur diverse schlechte Lösungen geben, Pest oder Cholera, und es darf nicht unsere Aufgabe sein, eine davon zu empfehlen. Selbst eine pragmatische, reversible Übergangslösung (auf die es in der Endlager-Kommission wahrscheinlich hinausläuft) darf nicht als Option in den Raum gestellt werden. Denn jede provisorische vermeintliche Zwischenlösung zementiert den Weiterbetrieb - genauso wie die bisherigen "Zwischen"lager.

Ein ernsthafte Untersuchung kann nur zu dem Ergebnis kommen, dass die Gesellschaft hier vor einem unlösbaren Problem steht, und die allererste wirksame Sofortmaßnahme, um das Problem nicht noch täglich zu verschärfen, ist der sofortige Abbruch der Atommüllproduktion.

Erst wenn dieses Dilemma von den Verursachern als solches begriffen worden ist und die Anlagen stillgelegt worden sind, kann als übernächster Schritt eine Diskussion über die besseren der schlechten Lösungen begonnen werden. Erst dann lohnt es sich, sich darüber Gedanken zu machen, ob sich die AntiAtomBewegung an irgendwelchen Endlager-Kommissionen beteiligen soll.

Solange dies nicht so ist, ist es vor allem unsere Aufgabe, den Finger in die Wunde zu legen und die Abschaltung einzufordern. Um die Unlösbarkeit des Atommüllproblems zu illustrieren, sollten alle offiziellen Lösungsvorschläge mit Fachkenntnis kritisch hinterfragt (und zwar destruktiv statt konstruktiv) und die ganze amtliche scheinheilige Endlagerdebatte als das entlarvt werden, was sie ist.